



Presseschau vom 13.06.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.*) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Vilnius bietet Kiew „Anwaltshilfe“ auf Weg zu Nato- und EU-Beitritt
Vilnius will seine Hilfsmission für Kiew auf dessen Weg der Integration in die Nordatlantische Allianz und die Europäische Union fortsetzen. Dies sagte der litauische Premier Saulius Skvernelis bei einem Treffen mit dem ukrainischen Vize-Premier Stepan Kubiw in Vilnius.

„Litauen wird der beste Anwalt für Ihr Land bei dessen Verhandlungen über den Beitritt zur EU und zur Nato sein“, so Skvernelis.

Nach Einschätzung des litauischen Regierungschefs hat die Ukraine in den letzten Jahren beeindruckende Erfolge bei der Durchführung ihrer Reformen erzielt.

„Die Umsetzung dieser Maßnahmen muss fortgesetzt werden, damit Ihr Volk und die westlichen Partner die Richtigkeit des gewählten Weges nicht anzweifeln“, so Skvernelis. 2017 sei „ein historisches Jahr in den Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU“, sagte der litauische Premier ferner. „Die Ratifizierung des Assoziierungsvertrages mit der Europäischen Union, der die vollständige Liberalisierung des Handelsraumes vorsieht, ist abgeschlossen worden.“

Kubiw hält sich zu einem symbolischen Dankbarkeitsbesuch in Litauen auf, das die Liberalisierung des EU-Visaverkehrs für ukrainische Bürger unterstützt hatte.

Lug-info.com: Der erste republikanische Frauenkongress der LVR „Im Namen der Zukunft“ fand heute in Altschewsk statt. Dies teilte die Stadtverwaltung mit.

„Heute am 12. Juni fand in der Altschewsk der 1. republikanische Kongress der Frauen der LVR „Im Namen der Zukunft“ statt. Dies ist das erste Forum für alle Frauen der Republik“, heißt es in der Mitteilung.

Die Veranstaltung fand im städtischen Kulturhaus der Chemiker auf Initiative der Bürgermeisterin von Altschewsk Natalja Pjatkowa statt.

Auf der Sitzung sprachen die stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der LVR Natalja Tichonskaja, die stellvertretende Leiterin der Stadtverwaltung von Lugansk Oxana Tereschtschenko, die Abgeordneten des Volkssowjets der LVR Wladislaw Dejnego, Wladislaw Dubina und Olga Kobzewa.

„Ich bin überzeugt, dass es solche Foren, wo wir unsere Meinungen, Erfahrungen, Arbeitsergebnisse austauschen, mehr geben muss. Ich hoffe, dass unsere Stafette auch andere Städte der Republik aufnehmen“, sagte Pjatkowa.

„Die Ukraine hat mehrfach nicht geringe Mittel für die Gleichheit der Geschlechter ausgegeben, die letzte Tranche im Umfang von 5 Mio. Euro hat Kiew „buchstäblich vor wenigen Tagen“ aus Schweden erhalten. Aber das Schicksal dieser Mittel ist vollständig vorhersagbar – sie werden einfach gestohlen“, meint Kobzewa.

„In unserer Republik lösen wir das Geschlechterproblem im Ganzen erfolgreich und effektiv ohne irgendwelche Tranchen. Und heute werden in der LVR alle Bedingungen geschaffen, dass die Frau ihr Potential, ihre Professionalität, all ihre Wissen und ihre Fähigkeiten realisieren kann“, fügte sie hinzu.

Die Delegierten der Konferenz stimmen für die Annahme einer Resolution des 1. republikanischen Kongresses der Frauen der LVR „Im Namen der Zukunft“ an alle Frauen der Republik.

„Sie riefen zur Vereinigung und zur Konsolidierung der Anstrengungen im Namen der Herstellung von Frieden, der Unterstützung von Mutterschaft und Kindheit, Familientraditionen, der Entwicklung der Jugend und des Erblühens unseres jungen Staates auf“, teilte die Stadtverwaltung mit.

„Wir haben die einmalige Möglichkeit eine Gesellschaft ohne Genderprobleme zu bauen und die wichtigen sozialen Funktionen der Frauen als Mutter, Hüterin des häuslichen Herds, Bewahrerin der Familientraditionen zu bewahren und zu stärken“, heißt es in dem Dokument „Wir sind überzeugt, dass unsere Anstrengungen, Energie, Wissen und Weisheit ein Unterpfand für eine glückliche Zukunft unseres gemeinsamen Hauses, der LVR, werden“, heißt es in dem Dokument.

Für die Teilnehmerinnen wurde ein Exkursion an die Gedenkstätten der Metallarbeiterstadt organisiert.

de.sputniknews.com: Visafreiheit für Ukraine heißt: Billige Arbeitskräfte und illegale Waffen für die EU

Endlich das Land verlassen: Unzählige ukrainische Bürger können nun ihren Traum realisieren und visumsfrei in die EU einreisen. Das russische Portal Svobodnaja Pressa (zu Deutsch: Freie Presse) warnt jedoch vor Konsequenzen der Visumerleichterung – sowohl für die EU als auch die Ukraine selbst.

Es ist Mitternacht am 11. Juni. Mit einem Schlag erhalten die Ukrainer das Recht auf visumsfreie Reisen in den Schengen-Raum. Um 15 Uhr des folgenden Tages berichten die lokalen Medien mit Freude: Zum jetzigen Zeitpunkt sind bereit 1100 Ukrainer ohne Visum aus dem Land ausgereist! Die Grenze wurde gar noch öfter passiert! Schon vier Millionen Anträge auf biometrische Reisepässe wurden gestellt!

Natürlich, wenn man das Gesetz genau befolgt, dann kann sich nur ein kleiner Teil der

Bevölkerung über die Visumerleichterung erfreuen – jener, der nach Europa in den Urlaub oder auf Geschäftsreise fährt. Denn gemäß der geltenden Gesetzgebung gilt die visumsfreie Einreise nur für 90 Tage innerhalb eines halben Jahres — und eben für touristische bzw. geschäftliche Zwecke. Und eine Erlaubnis auf Arbeit und Ausbildung in der EU gibt es ohne Visum ja dennoch nicht. Warum also feiern alle diesen Tag?

Weil in der Realität alles anders ist. Im Ausland ist es immer leichter, einen Job zu finden. Aber zum Teil auch illegal. Nicht ohne Grund zittern schon lange in Europa arbeitende Moldauer vor Angst. Jetzt erwartet sie ja eine noch größere Konkurrenz!

Derzeit sind nach offiziellen Angaben schon etwa sechs bis acht Millionen Ukrainer im Ausland beschäftigt. Zudem planen rund 20 Prozent der restlichen arbeitsfähigen Bevölkerung – also jeder Fünfte –, seinen Gehalt im Ausland zu verdienen. Und am besten unter Umgehung des Gesetzes, ohne irgendwelche Papiere auszustellen oder Steuern zu zahlen. In Deutschland zählen gerade die Ukrainer zu einer der größten Gruppen der „Schatten“-Arbeiter.

Knapp ein Drittel der ausreisenden Arbeitssuchenden hat eine höhere Ausbildung. Erstmal in Europa angekommen, müssen sie allerdings mit Erstaunen feststellen, dass dort niemand auf ukrainische Ökonomen, Manager, Ärzte, Ingenieure oder andere Spezialisten wartet, und sich dann einen minderqualifizierten Job suchen.

Die EU braucht ja billige und gutmütige Arbeitskräfte. Und in der europäischen „Nahrungskette“ befinden sich die Ukrainer derzeit auf dem untersten Platz. Der Großteil der ukrainischen Bürger (36 Prozent) zieht beispielsweise nach Polen. Warum? Es ist ja bei Weitem nicht das wohlhabendste Land in Europa.

Aber genau hierin liegt der Grund. Als Polen der EU beitrug, verließ eine riesige Zahl an arbeitssuchenden Bürgern das Land. Sie kamen nach Deutschland, Italien, Österreich, Frankreich...

...Niemand wollte für wenige hundert Euro arbeiten. Und jetzt lädt Polen die ukrainischen Bürger, die dafür bereit sind und diese Lücken füllen sollen, ins Land ein. Ihnen scheinen diese Bedingungen, unter denen die Polen unter keinen Umständen arbeiten würden, durchaus akzeptabel zu sein.

Die zweite unerfreuliche Tendenz: Die Zahl der sich von der Ukraine abwendenden jungen Bevölkerung steigt.

Nach Angaben einer internationalen Personalvermittlungsagentur in der Ukraine wollen 47 Prozent der jungen Menschen bis 30 Jahre im Ausland einen Job suchen. 42 Prozent denken darüber nach und nur vier Prozent wollen definitiv in ihrer Heimat bleiben.

Dazu kommt: Gemeinsam mit der Visumsfreiheit für die ukrainischen Bürger entspringt ein neuer Strom – von Waffen und Kriminalität.

Die Ukraine war schon lange ein Kanal für Waffenschmuggel über Rumänien nach Westeuropa. Die Waffen kamen aus Kampfzonen zu ukrainischen kriminellen Gruppierungen, die die Mafia mit Munition ausrüsteten. Vor nicht allzu langer Zeit filmten Reporter des britischen TV-Senders Sky News undercover ein Gespräch mit rumänischen Waffenhändlern. Jene zeigten ihnen Dutzende Gewehre und Pistolen in dem Kofferraum eines Autos und erzählten, dass sie diese aus der Ukraine bekämen. Sie versicherten, so viele Waffen, wie man braucht, beschaffen zu können. Egal ob Minen, Granaten oder Flugabwehr-Raketensysteme. Mit der Abschaffung der Visumpflicht ist es leichter, Waffen in die EU einzuschmuggeln: Sämtliche Fahrzeuge, die Recht auf ein ungebremstes Einreisen haben, werden bei der Grenzkontrolle ja nicht überprüft.

Deshalb wird die Visumsfreiheit ein Test sein – sowohl für Europa als auch für die Ukraine, deren Bevölkerung fieberhaft und hastig ihre Koffer packt.

Dan-news.info: „Gegen 21:00 hat die ukrainische Seite das Feuer auf das Gebiet des Volvo-

Zentrums, das Gebiet des Donezker Flughafens, die Siedlung Oktjabrskij, die Dörfer Wesjoloje und Spartak im Norden der Hauptstadt eröffnet“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Es wird mit Artilleriegeschützen des Kalibers 152 und 122mm und Mörsern verschiedenen Kalibers geschossen. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Türkei nennt Organisatoren des Mordes an russischem Botschafter
Die türkische Staatsanwaltschaft hat am Montag die Organisatoren des Mordes an Andrej Karlow, dem russischen Botschafter in Ankara, genannt. Dies berichtet die Zeitung „Izwestija“ unter Verweis auf den lokalen Nachrichtensender NTV.

Demnach soll der Mord des russischen Botschafters in der türkischen Hauptstadt, Andrej Karlow, von Anhängern des in den USA lebenden Predigers Fethullah Gülen organisiert worden sein. Sie seien Mitglieder der in der Türkei als Terrororganisation eingestuftten Bewegung „Fetö“.

Der Attentäter Mevlut Mert Altintas soll mit fünf Menschen in Verbindung gestanden haben, die dieser Bewegung angehörten, hieß es. Von einem von ihnen soll der Mann Anweisungen für den Mord an Karlow erhalten haben. Zuvor habe sich Altintas außerdem mit Fetö-Anhängern in einem Fünf-Sterne-Hotel in Zypern getroffen.

Der russische Botschafter in der Türkei, Andrej Karlow, war am 19. Dezember bei einer Fotoausstellung in Ankara vor laufenden Kameras und Publikum erschossen worden. Der Täter war der türkische Polizist Mevlut Mert Altintas, der die Veranstaltung bewachen sollte. Er wurde auf der Stelle von anderen Sicherheitskräften getötet.

Dan-news.info: „Gegen 20:00 wurde bekannt, dass am nordöstlichen Rand von Gorlowka ein Fahrzeug mit einem Mann und einer Frau auf eine Mine geriet“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

Nach Angaben des Bürgermeisters ist ein Krankenwagen vor Ort. Informationen über den Zustand der Verletzten sind noch nicht bekannt.

de.sputniknews.com: Dutzende Festnahmen bei nicht genehmigten Protesten in Moskau
Im Zentrum Moskaus hat es am Montag eine behördlich nicht genehmigte Protestaktion gegeben. Die Polizei nahm Dutzende Menschen fest, darunter auch den Kremlkritiker Alexej Nawalny, der zu den Protesten aufgerufen hatte. Ihnen wird Verstoß gegen die öffentliche Ordnung vorgeworfen.

Wie ein Vertreter des russischen Innenministeriums mitteilte, wurden in Moskau 150 und in Sankt Petersburg 500 Menschen festgenommen. Insgesamt hätten etwa 4500 Menschen an der Demo in Moskau teilgenommen, in Sankt-Petersburg seien es 3500 gewesen.

Die Moskauer Stadtverwaltung hatte zuvor die Demonstration erlaubt und den Sacharow-Prospekt als Veranstaltungsort vorgeschlagen. Kurzfristig erklärte Nawalny am späten Sonntagabend jedoch die Verlegung der Demonstration auf die Twerskaja-Straße, wo anlässlich des Tages Russlands Festveranstaltungen stattfinden sollten. Auf dem Sacharow-Prospekt fand die genehmigte Demonstration trotzdem statt. Etwa 1800 nahmen nach Angaben der Moskauer Behörden dort daran teil.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31613/52/316135213.jpg>

de.sputniknews.com: Barrikaden gegen Protestler? So blamierten sich Reporter von FT und NYT in Moskau

Die Chefredakteurin von Sputnik und RT, Margarita Simonjan, hat Journalisten von „The New York Times“ und „The Financial Times“ der Verbreitung von sogenannten Fake-News überführt. Diese hatten Bilder der in Moskau installierten Tschechenigel geteilt und dabei behauptet, diese würden gegen Protestler eingesetzt.

Die Reporter Neil Buckley von „Financial Times“ (FT) und Neil MacFarquhar, Chefredakteur des Moskauer Büros von „The New York Times“ (NYT), sollten am Montag über die Protestaktionen in Moskau berichten.

Die beiden Korrespondenten teilten auf Twitter ein Foto des russischen Journalisten Alexej Wenediktow, das Tschechenigel im Zentrum von Moskau zeigt. Die Posts der beiden Reporter waren mit ganz besonderen Interpretation versehen.

„Die Barrikade wurde auf einer wichtigen Moskauer Prachtstraße aufgestellt, um kremlkritische Protestler vom Kreml und Roten Platz fernzuhalten“, kommentierte MacFarquhar das Bild.

„Die meisten Länder setzen Panzersperren gegen Invasoren ein. Moskau setzt sie gegen das eigene Volk ein“, hieß es im Tweet von Buckley.

Simonjan veröffentlichte kurz darauf die Screenshots der beiden Tweets, die später jedoch entfernt wurden. „Fake-News von den Chefs der Büros von FT.com und NYT. Sie schreiben, dass das Barrikaden gegen Nawalny seien“, schrieb Simonjan in dem Kurznachrichtendienst. Später räumte der FT-Reporter jedoch ein, dass er seinen Tweet löschte, weil er eingesehen habe, dass die Tschechenigel einfach Teil einer Installation waren.

Die „Barrikaden“ im Moskauer Zentrum haben jedoch eine sehr einfache Erklärung: Sie waren Teil von Festveranstaltungen anlässlich des Tages Russlands am 12. Juni. Bei dem Fest wurden Kampfszenen aus der russischen Geschichte nachgestellt und alte Waffen präsentiert. Teilnehmer traten in historischen Militäruniformen auf.

Im Zentrum Moskaus hat es am Montag eine behördlich nicht genehmigte Protestaktion gegeben. Die Polizei nahm Dutzende Menschen fest, darunter auch den Kremlkritiker Alexej Nawalny, der zu den Protesten aufgerufen hatte. Ihnen wird Verstoß gegen die öffentliche Ordnung vorgeworfen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31613/54/316135466.jpg>

vormittags:

[ukrinform.ua](#): Die Vereinigten Staaten verurteilen die Verhaftung der Teilnehmer der Protestaktionen gegen die Korruption in Russland und rufen zu ihrer Freilassung auf. Darüber berichtet Reuters.

„Die Vereinigten Staaten verurteilen entschieden die Festnahme von Hunderten von friedlichen Demonstranten in ganz Russland“, sagte auf einem Briefing der Pressesprecher des Weißen Hauses, Sean Spicer.

„Die Verhaftung von friedlichen Demonstranten, Menschenrechtsbeobachtern und Journalisten ist eine Verletzung der demokratischen Grundwerte“, heißt es in der Erklärung. Auf der Twerskaja-Straße in Moskau sind gestern mehr als 700 Menschen festgenommen worden. Auch wurde der russische Oppositionelle Alexei Nawalny zu 30 Tagen Freiheitsstrafe verurteilt.

[de.sputniknews.com](#): Putin: US-Geheimdienste unterstützten Terroristen in Tschetschenien Die USA haben laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin die Terroristen in der nordkaukasischen Teilrepublik Tschetschenien sowohl politisch als auch finanziell unterstützt, als die föderalen Truppen dort eingesetzt wurden.

„Wenn wir von der politischen Unterstützung sprechen, sind hier keine Beweise erforderlich. Dies wurde ja öffentlich getan. Was die finanzielle Hilfe angeht, so verfügen wir über solche Beweise, zumal wir einige davon unseren US-amerikanischen Kollegen bereits vorgelegt haben“, sagte Putin in einem Interview mit dem amerikanischen Regisseur Oliver Stone, das vom US-Fernsehsender Showtime ausgestrahlt wurde.

Es hatte laut Putin einen Moment gegeben, als er George W. Bush darüber informiert und die Familiennamen derjenigen US-Geheimdienstler genannt hatte, die im Kaukasus tätig waren und dort nicht nur eine „gesamtpolitische, sondern auch eine technische Unterstützung erwiesen sowie Freischärler von einem Ort an einen anderen verlegt hatten“.

„Die Reaktion des US-Präsidenten war sehr richtig und sehr negativ. Er sagte: ‚Ich werde all dies klären‘“, betonte Putin.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **achtmal** das Territorium der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Slawjanoserbsk, Kalinowo, Frunse, Kalinowo-Bortschtschewatoje, Logwinowo und Shelobok.**

Geschossen wird mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Putin: Al-Qaida – eine Schöpfung der USA

Die USA haben die (Terrororganisation) Al-Qaida selbst großgezogen und müssen sich daher über ihre Verantwortung dafür im Klaren sein, erklärte Wladimir Putin.

„Die Al-Qaida ist eigentlich kein Ergebnis unserer Tätigkeit. Das ist das Ergebnis der Tätigkeit unserer amerikanischen Freunde. Dies begann noch in der Zeit des sowjetischen Krieges in Afghanistan, als die amerikanischen Geheimdienste diverse Richtungen des islamischen Fundamentalismus im Kampf gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan unterstützt hatten. Die Amerikaner haben sowohl die Al-Qaida als auch Bin Laden selbst aufgezogen“, erklärte Putin in einem Interview mit Oliver Stone im Dokumentarfilm, der vom TV-Sender „Showtime“ gezeigt wurde.

Dem Präsidenten zufolge „ist das alles außer Kontrolle geraten“. „Und das ist immer so. Und unsere Partner in den USA sollten das wissen. Es ist ihre Schuld“, schloss der Staatschef.

Rusvesna.su: Verrat: In Kiew hat ein Gericht die Umbenennung des Watutin-Prospektes im Schuchewitsch-Prospekt verboten

Das Bezirksverwaltungsgericht hat dem Kiewer Bürgermeister Wilali Klitschko untersagt, den Beschluss vom 1. Juni zur Umbenennung des Watutin-Prospektes in Schuchewitsch-Prospekt zu unterschreiben und zu veröffentlichen.

Über diesen Verrat berichtet auf seiner Seite in sozialen Netzwerken die Leiterin des Instituts für Rechtspolitik und Sozialschutz Jelena Berezhnaja.

Sie wies darauf hin, dass die Richter des Bezirksverwaltungsgerichtes die Unterzeichnung und Veröffentlichung des Beschlusses vom 1. Juni bis zur Hauptverhandlung dieser Sache vor Gericht verboten hatten.

Wir erinnern uns, dass der Kiewer Stadtrat am 1. Juni 2017 den Watutin-Prospekt in Schuchewitsch beschlossen hatte. Am 2. Juni erschien auf der Webseite des Stadtrates eine Petition zur Aufhebung des Beschlusses. Die Entscheidung des Kiewer Stadtrates hatte die Empörung der jüdischen Gemeinde hervorgerufen.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/pereimenovanie_ulica_nezvestnaya.jpg

de.sputniknews.com: Putin: CIA unterstützte in Russland als Opposition getarnte Terroristen
Russland hat laut Präsident Wladimir Putin ein Schreiben des US-Geheimdienstes CIA erhalten, in dem jener mitteilt, seine Mitarbeiter fühlten sich berechtigt, Kontakte zu allen Vertretern der Oppositionskräfte zu pflegen, und wollten dies auch weiterhin tun, obwohl klar gewesen sei, dass sich unter diesem Deckmantel Terrorstrukturen verstecken.

„Wir haben über partnerschaftliche Kanäle tatsächlich ein Schreiben aus der CIA erhalten, in dem darauf verwiesen wurde, dass sich unsere Kollegen berechtigt fühlen, Kontakte zu allen Oppositionsvertretern zu unterhalten, und dass sie dies auch in Zukunft tun wollen“, sagte Putin in einem Interview mit dem amerikanischen Regisseur Oliver Stone, das vom US-Fernsehsender Showtime ausgestrahlt wurde.

Es war ja laut Putin offensichtlich, dass es sich dabei nicht um Oppositionskräfte handelt, sondern um Terrorstrukturen und —organisationen. Dennoch seien diese als reguläre Opposition getarnt worden, so Putin.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen

„Heute Nacht haben die ukrainischen Streitkräfte den **Petrowskij-Bezirk von Donezk** sehr stark beschossen, in der Folge **starben** in der Lugowskij-Straße 25 **Mutter und Sohn**“, teilte der stellvertretende Leiter der Bezirksverwaltung Sergej Tschub mit.

„In der Nacht haben die ukrainischen Streitkräfte den **Kiewskij-Bezirk von Donezk** beschossen, ein Haus in der Chmura-Straße 18 wurde beschädigt. Außerdem gab es einige Geschosstreffer im Gebiet der Fabrik „Totschmasch“, teilte der Leiter der Bezirksverwaltung Walentin Lewtschenko mit.

Nach Angaben des Pressedienstes der Stadtverwaltung Donezk, wurde auch im **Kujbyschewskij-Bezirk** im Verlauf der der nächtlichen Beschüsse ein Haus in der Minin-

Straße 40 beschädigt.

„In den letzten 24 Stunden haben die Streitkräfte der Ukraine **70 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Insgesamt wurden **22 Ortschaften der Republik** beschossen“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Es wurde mit Artillerie- und Panzergeschützen, Mörsern, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.



https://scontent-waw.xx.fbcdn.net/v/t31.0-8/19092700_263166807485689_779040546509131196_o.jpg?oh=b21985f18e406381bd0ae74413e87b31&oe=59A5CDE7

de.sputniknews.com: Wollen USA Russlands Wirtschaft ruinieren? – Putin schließt es nicht aus

Wladimir Putin hat die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass die USA Russlands Wirtschaft ruinieren und die Führung des Landes wechseln wollen, um letztendlich an das Nukleararsenal Russlands zu gelangen. Allerdings sei dies eine fehlerhafte Politik, da sie nicht zukunftsorientiert sei. Dies berichten am Dienstag die Medien.

Während des Gesprächs mit dem russischen Staatschef über die US-Strategie hat Oliver Stone vermutet, dass sie (die US-Strategie) darin bestünde, die Wirtschaft Russlands zu ruinieren, die Führung zu wechseln, Russland in einen eigenen Verbündeten zu verwandeln und im Endergebnis sein (Russlands) Nukleararsenal einzuverleiben.

„Eine solche Gedankenrichtung, eine derartige politische Version ist möglich. Wenn dem so ist, dann ist diese Politik gerade deshalb falsch, weil ein derartiger Blick auf die Beziehungen zu Russland nicht zukunftsorientiert ist. Menschen, die so denken, schauen nicht in die absehbare Zukunft von mindestens 25-50 Jahren voraus. Wenn sie dies aber tun würden, so würden sie ihre Beziehungen zu Russland in einem anderen Ton gestalten und nicht versuchen, Russland in ihren Vasallen zu verwandeln“, antwortete Putin auf die Frage über die US-Strategie des Regisseurs Oliver Stone im Dokumentarfilm, der im TV-Sender Showtime gezeigt wurde.

[Ukrinform.ua: Die Antiterror-Operation in der Ostukraine muss beendet werden und die Ukraine muss zu einem neuen Format der Verteidigung des Landes übergehen.](#)

Das erklärte der Sekretär des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, Olexandr Turtschynow, in einem Interview für die Nachrichtenagentur Interfax-Ukraine, berichtet die Pressestelle des Rates.

„Die Kriegshandlungen im Osten des Landes dauern schon drei Jahre an und sind hinsichtlich der Dauer und des Maßstabs über das Format der Antiterror-Operation herausgewachsen. Gleichzeitig muss man feststellen, dass die Antiterror-Operation sehr viele Aufgaben erfüllte. Genau im Rahmen der Antiterror-Operation stoppten wir den Aggressor und konnten die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sowie die Lokalwahlen durchführen und ein wesentlicher Teil des besetzten Territoriums der Ukraine befreien. Gleichzeitig ist die Stunde gekommen, zu einem neuen Format der Verteidigung des Landes überzugehen“, sagte Turtschynow.

Nach seinen Worten sieht das ukrainische Recht zwei Hauptfälle zum Militäreinsatz der Streitkräfte, und zwar Erklärung des Krieges und der Antiterror-Operation, vor. „Trotz der verbreiteten Meinung, gemäß dem ukrainischen Recht, sieht die Erklärung des Kriegszustandes nur eine besondere rechtliche Regelung im Land oder in einigen Regionen vor und bedeutet kein automatisches Recht zum Einsatz der Streitkräfte und anderer Militärformationen“, betonte der Sekretär des Rates.

Turtschynow hob hervor, dass die Rechtsnormen auf der Basis der Vorstellungen des 20. Jahrhunderts über den klassischen Krieg geschaffen wurden und die Notwendigkeit der Verteidigung gegen die russische hybride Aggression nicht vorsehen. Deswegen sei jetzt die höchste Zeit, das neue Format zur Verteidigung des Landes gegen den hybriden Krieg zu finden.

„Es ist die Zeit gekommen, nicht nur einige Gebiete in den Oblasten Donezk und Luhansk als besetzt anzuerkennen, sondern auch Grundlagen der staatlichen Politik für ihre Befreiung zu bestimmen. Für die Verteidigung des Landes ist eine effektive Technologie notwendig, dafür muss der Präsident das Recht bekommen, die Streitkräfte und andere Militärformationen gegen die hybride Aggression der Russischen Föderation einzusetzen“, so Turtschynow. Im Konfliktgebiet solle auch ein ständiger Operativstab mit breiten Befugnissen zur Verwaltung der Streitkräfte, der Sicherheitsbehörden und der militärisch-zivilen Administrationen gebildet werden. Solcher Ansatz kann „die Grundlagen der Vereinbarungen von Minsk nur stärken, weil ihre Umsetzung ohne Lösung der Fragen der Sicherheit und ohne Befreiung des besetzten ukrainischen Territoriums unmöglich ist.“

„Das ist eine sehr ernste Frage, die eine Diskussion unter den professionellen Experten braucht. Der überarbeitete Gesetzentwurf „Über die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität der Ukraine über die besetzten Gebiete der Oblaste Donezk und Luhansk“ wird dem Staatspräsidenten vorgestellt und danach, ich hoffe darauf, schnell beim Parlament eingereicht werden“, sagte er.

Die Antiterror-Operation in der Ostukraine dauert seit dem April 2014.

Nachmittags:

Lug-info.com: „Heute am 13. Juni, um 5 Uhr morgens wurde aus Richtung Nowotoschkowka **Donezkij** mit 122mm-Geschützen beschossen. In der Folge des Beschusses wurden drei Gebäude auf der Tschkalow- und der Dimitrow-Straße beschädigt. Die Dächer, Decken, Fensterglas und Zäune der Häuser wurden beschädigt“, teilte eine Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft der Republik mit. Informationen über verletzte Einwohner gibt es bisher nicht.

de.sputniknews.com: Darum hält Pentagon-Chef Militärkooperation mit Russland jetzt für unmöglich

Eine Militärkooperation zwischen den USA und Russland ist laut Pentagon-Chef James Mattis momentan unmöglich.

„Momentan kann von einer Militärkooperation zwischen uns gar keine Rede sein“, sagte Mattis bei den Anhörungen im Verteidigungsausschuss des Repräsentantenhauses des US-Kongresses.

Zugleich betonte er, US-amerikanische und russische Militärs arbeiteten zurzeit an der Milderung von Konfliktsituationen in Syrien.

Washington könne laut dem Pentagon-Chef Vorteile aus dem Rückgang des Niveaus der Konfliktsituationen in Syrien und möglicherweise sogar von Verhandlungen selbst bekommen.

Als Bedingung für derartige Gespräche nannte er entsprechende gesetzgeberische Beschlüsse (in den USA), die ihm zufolge der Exekutive „mehr Flexibilität“ geben könnten.

Ukrinform.ua: Die Ukraine werde die Erfahrung von Kroatien beim Beitritt in die Nato und die EU studieren, da die Bedingungen für Zagreb viel strenger als für andere Länder in Osteuropa waren, sagte der Premierminister der Ukraine, Wolodymyr Hrojsman, in einem Interview mit der kroatischen Ausgabe Jutarnji list, schreibt die ukrainische Regierungswebseite.

„Beim Betritt in die EU musste Kroatien viel strengere Kriterien und Anforderungen von Brüssel als seine Vorgänger erfüllen. Ich glaube nicht, dass die Europäische Union der Ukraine gegenüber nachsichtiger sein wird, eher umgekehrt. Daher kann Kroatien in dieser Hinsicht uns mehr helfen, als irgendwer sonst“, sagte der ukrainische Premier. Er fügte ferner hinzu, die Ukraine arbeite selbst hartnäckig an der Umsetzung der europäischen Hausaufgaben. Sie führe die Reformen in allen Lebensbereichen durch, passe die Gesetzgebung an EU-Standards an, bekämpfe die Korruption.

„Im Mai wurde das Verfahren der Ratifizierung des Assoziierungsabkommens EU-Ukraine erfolgreich abgeschlossen und am 11. Juni hat die Visafreiheit mit der EU für unsere Bürgerinnen und Bürger begonnen. Kroatien half uns konsequent auf diesem Wege. Und ich möchte mich beim Volk Ihres Landes und persönlich beim Ministerpräsidenten Andrej Plenković dafür bedanken“, sagte Hrojsman.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **70 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner auf die Gebiete von **14 Ortschaften** 78

Artilleriegeschosse des Kalibers 152 und 122mm, 49 Panzergeschosse, 525 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen. In der Folge des Beschusses des Petrowskij-Bezirks von Donezk von Seiten der ukrainischen Verbrecher **starben zwei zivile Einwohner**: Lidija Wladimirowna Artjomowa, geb. 1937, und Wiktor Wladimirowitsch Artjomow, geb. 1963.

In **Richtung Mariupol** wurden die Gebiete von **fünf Ortschaften** beschossen. Vom Gegner wurden acht Artilleriegeschosse des Kalibers 152mm und 24 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen.

In **Richtung Gorlowka** hat der Gegner auf die Gebiete von **drei Ortschaften** zehn Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen. In der Folge der Detonation einer Mine

wurden **zwei friedliche Einwohner verletzt**.

In den letzten 24 Stunden wurden in der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte fünf Häuser in Dokutschajewsk und in den Bezirken Petrowskij, Kujbyschewskij und Kiewskij von Donezk beschädigt. Außerdem wurden die Strom- und Gasversorgung von Dokutschajewsk unterbrochen.

Die Zunahme der Zahl der Beschüsse mit verbotenen Arten von Waffen von den Positionen der ukrainischen Armee aus auf das Territorium der Republik sowie auch auf Ortschaften, die von den ukrainischen Streitkräften kontrolliert werden, ist durch die Absicht des Kommandos des Stabs der „ATO“ zu erklären, ihr Scheitern an der Front, insbesondere die erfolglosen Versuche unsere Positionen einzunehmen, vor der militärisch-politischen Führung der Ukraine zu rechtfertigen. Das Feuer wird zielgerichtet nicht auf die Positionen der Streitkräfte der Republik eröffnet, sondern auf die Gebiete von Ortschaften. So wurden das erste Mal seit drei Monaten **Beschüsse von Bezirken von Donezk, die von der Kontaktlinie entfernt liegen**, unter Anwendung von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen festgestellt. Im Zusammenhang damit ist eine solche große Zahl von Zerstörungen und Verletzten unter der friedlichen Bevölkerung zu bemerken.

Die Funktion von Strafruppen erfüllen die nationalistischen Bataillone, die nach eigenem Ermessen handeln und manchmal gegen die Willen des Kommandos der „ATO“. Aus diesem Grund stellt unsere Aufklärung Fälle von Gefechten zwischen nationalistischen Bataillonen und Einheiten der ukrainischen Streitkräfte fest. Wie dies im Verantwortungsbereich der 92. Brigade der ukrainischen Streitkräfte gestern bei einem Versuch, Einheiten der ukrainischen Armee zu zwingen, unsere Positionen bei Donezk anzugreifen, der Fall war. Dabei wurden gleichzeitig die Außenbezirke von Wohngebieten in der Nähe der Kontaktlinie sowohl auf ihrem Territorium als auch auf unserem beschossen. In der Folge eines Gefechts zwischen Soldaten des 1. Bataillons der 92. Brigade der ukrainischen Streitkräfte und Nationalisten des „Rechten Sektors“ starb ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte und zwei wurden verletzt. Die ukrainische militärische und staatliche Propaganda hat ihr Scheitern demonstriert, indem sie das vollständige Fehlen der Beherrschung der Lage in der Zone des militärischen Konflikts und ihr Bestreben, mit allen Mitteln das eigene Volk mit „gefakten“ Erfolgen zu betrügen, gezeigt hat.

Vor einigen Tagen wurden in allen ukrainischen Massenmedien mit Bezug auf das Pressezentrum des Stabs der „ATO“ Artikel über Erfolge der ukrainischen Streitkräfte in Richtung Lugansk und Mariupol veröffentlicht, in denen mitgeteilt wurde, dass die ukrainischen Truppen vorgedrungen seien und Positionen in der Nähe von Kominternowo und Shelobok eingenommen hätten.

Faktisch hat das Pressezentrum des Stabs der „ATO“ ungeprüfte Informationen verbreitet und das ganze ukrainische Volk gezwungen, dies zu glauben.

Um ihre fehlerhaften Aktivitäten zu rechtfertigen, hat der Stab der „ATO“ beschlossen, den Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine heranzuziehen, der angeblich im Namen des Pressezentrums der „ATO“ den ukrainischen Massenmedien diese Mitteilungen aufgedrängt hat. In diesem Fall kommt die Frage auf, wie professionell die Redaktionen der staatlichen Massenmedien der Ukraine sind, die von einer Quelle aus dem Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat eine Mitteilung mit Bezug auf irgendein Pressezentrum des Stabs der „ATO“ veröffentlichen.

In der Realität wurde das von ukrainischen Massenmedien veröffentlichte Video von unseren Soldaten auf den verlassenen Positionen der 36. Marineinfanteriebrigade im Süden der Republik gedreht und in den sozialen Netzen veröffentlicht.

Das Verlassen der Positionen durch die ukrainische Armee ist mit dem äußerst niedrigen moralisch-psychischen Niveau ihrer Soldaten und der großen Zahl von Desertionen verbunden.

Außerdem bemerkt unsere Aufklärung Fälle von Unterbrechungen bei der Lieferung von

Lebensmitteln an die Frontpositionen der ukrainischen Streitkräfte. Insbesondere wegen der beginnenden Rotationsmaßnahmen im Verantwortungsbereich der 30. mechanisierten Brigade wurde die Lieferung von Lebensmitteln an die Positionen der 2. Bataillons der Brigade im Gebiet von Granitnoje eingestellt. Nach unseren Informationen ist die Unterbrechung auch mit dem Diebstahl von staatlichem Eigentum verbunden.

de.sputniknews.com: Kiew reagiert scharf auf „Anerkennung“ der Krim durch „Daily Mail“
Die ukrainische Botschaft in Großbritannien hat auf Twitter den Artikel der britischen Zeitung „The Daily Mail“, die die Schwarzmeer-Halbinsel Krim als russisches Territorium „anerkannte“, scharf kritisiert.

„Die Krim – das ist die Ukraine. Der provokative Artikel von ‚The Daily Mail‘ bedeutet nichts und wird Putin nicht helfen, die Anzahl seiner Fans zu vergrößern“, behauptet die ukrainische Botschaft am Dienstag in ihrem Twitter-Account.

Zudem erinnerte die diplomatische Vertretung daran, dass die „ganze zivilisierte Welt“ Sanktionen gegen Moskau verhängt habe, und dass Großbritannien als erstes Land die Wiedervereinigung der Krim mit Russland verurteilt habe.

„The Daily Mail“ hatte am Montag über die Sprengung einer Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg vor der Küste der Krim-Halbinsel berichtet und in der Überschrift des Artikels sowie in dem Text selbst die Krim als russisches Territorium bezeichnet...

Lug-info.com: Mitteilungen des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich geändert und **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden hat der Gegner **achtmal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 110 Geschosse abgeschossen.

Die ukrainischen Streitkräfte beschießen mit schweren Waffen auch die Abschnitte, wo eine Trennung der Seiten vorgesehen ist. Diese Fälle wurden auch von Vertretern der OSZE-Mission festgestellt.

So haben Vertreter der Mission einen frischen Krater, der durch die Detonation eines 122mm-Artilleriegeschosses, das von der ukrainischen Seite aus abgeschossen wurde, entstanden ist, im südlichen Gebiet des Trennungsabschnitts im Bereich von Solotoje festgestellt. Auch wurden Beschüsse mit Granatwerfern und Schusswaffen durch die ukrainischen Streitkräfte im Trennungsabschnitt im Gebiet von Staniza Luganskaja festgestellt.

Bei den Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte stellt die Volksmiliz ständig die Verwendung von Drohnen durch den Gegner an diesen Abschnitten fest.

Ich erinnere ein weiteres Mal daran, dass alle Fälle grobe Verletzungen der Vereinbarungen sind und zu einer Eskalation des Konflikts im Donbass führen.

Auf dem Hintergrund des sinkenden moralisch-psychischen Zustands in der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte aufgrund des langen Aufenthalts in der „ATO“-Zone sind weitere nicht kampfbedingte Verluste zu beobachten.

So haben Soldaten des 2. Bataillons dieser Brigade, das im Gebiet von Popasnaja stationiert ist, nach dem Genuss von Alkohol einen Streit mit Nationalisten des „Rechten Sektors“ begonnen. In der Folge erlitten zwei Soldaten Knochenbrüche.

Außerdem wurde festgestellt, dass zwei Soldaten der 24. Brigade festgenommen wurden, die im Gebiet von Popasnaja Drogen verbreiteten. Die Soldaten sind derzeit in Arrest. Ein Strafverfahren wurde eingeleitet.

de.sputniknews.com: Donbass: Uno nennt Totenzahl unter Zivilisten binnen drei Monaten

Bei dem bewaffneten Konflikt im Donbass sind laut der Leiterin der UN-Monitoring-Mission für Menschenrechte in der Ukraine, Fiona Frazer, von Mitte Februar bis Mitte Mai 2017 insgesamt 36 Zivilisten getötet und weitere 157 verletzt worden.

„Allein im Zeitraum vom 16. Februar bis zum 15. Mai 2017 sind rund 193 Zivilisten von dem Konflikt betroffen worden, 36 von ihnen kamen gar ums Leben. Weitere 157 erlitten diverse Verletzungen, was um 48 Prozent über der vorigen Berichtsperiode und um 70 Prozent über dem gleichen Vorjahreszeitraum liegt“, sagte Frazer am Dienstag bei einem Pressegespräch in Kiew.

Ihr zufolge wurden 41 Prozent der Todesfälle durch nicht entschärfte Minen und Munition verursacht...

Av-zakharchenko.su: Am 13. Juni besuchte das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko die Donezker Fabrik zur Produktion von Spezienschweißmaterialien, die GmbH „Arksel“. Die Fabrik ist auf die Produktion von Elektroden für Schweißarbeiten verschiedenen Schwierigkeitsgrads spezialisiert. Bis zum Beginn der Kämpfe im Donbass erhielt die Fabrik Rohstoffe aus Russland, China, Indien, Korea. Im August 2014 musste die Produktion gestoppt werden, weil die grundlegenden Abnehmer der Produkte auf dem Territorium der Ukraine waren.

Nachdem die Republik eine Reihe von Unternehmen ukrainischer Jurisdiktion unter äußere Leitung gestellt hat, gab es für Arksel einen breiten inneren Absatzmarkt.

Bei der Besichtigung der Produktionseinrichtungen der Fabrik merkte Alexandr Sachartschenko an, dass die Inbetriebnahme der Fabrik ein sehr wichtiger Schritt zur Stabilisierung der Ökonomie der DVR ist.

„Dies ist ein sehr wichtiges Unternehmen. Seine Inbetriebnahme wird es erlauben, eine ganze Reihe unserer Fabriken, die unter äußere Leitung gestellt wurden, mit eigenen Elektroden zu versorgen. Die Fabrik steht seit 2014 still. Das Ministerium für Industrie und Handel hat gemeinsam mit dem Arbeitskollektiv eine riesige Arbeit zur Inbetriebnahme der Produktionseinrichtungen geleistet. Ich bin sehr froh, dass die Industrie in der Republik arbeitet und sich entwickelt, die Ökonomie sich schrittweise stabilisiert. Ja, die Probleme bleiben, aber sie sind lösbar“, sagte das Oberhaupt der DVR.

Der Minister für Industrie und Handel der DVR Alexej Granowskij merkte an, dass das Unternehmen die Produktionskapazitäten schrittweise ausbaut.

„In diesem Monat ist geplant, 29 Tonnen Elektroden zu produzieren, im nächsten 40 Tonnen. Verträge sind vor allem mit der Metallindustrie unterschrieben – Jenakiewer Metallfabrik, Donezker Metallfabrik, Jusowskij-Metallfabrik. In Arbeit ist die Unterzeichnung von Verträgen mit Unternehmen der LVR“, sagte Alexej Granowskij.

Zum Abschluss des Arbeitsbesuchs dankte Alexandr Sachartschenko dem Arbeitskollektiv des Unternehmens und den Vertretern des Ministeriums für Industrie und Handel für die gute Arbeit.

de.sputniknews.com: US-Senatoren einigen sich auf neue Russland-Sanktionen - Kreml kommentiert

Der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der Republikaner Bob Corker, hat am Dienstag laut "Kommersant.ru" mitgeteilt, dass die US-Senatsmitglieder neue Druckmaßnahmen gegen Moskau vereinbart hätten. Die Senatoren wollen d Corker zufolge werde der Wortlaut des Dokuments gerade nachgearbeitet. Die neue Initiative werde als eine Änderung zum Gesetzentwurf bezüglich des Irans, der bereits eine Abstimmung passiert hat, vorgestellt, um den Senatoren den Zeitaufwand für das Einbringen eines Extra-Gesetzentwurfs zu ersparen.

In Kreml werde die Situation um die mögliche Verstärkung der US-Sanktionen gegen

Russland aufmerksam verfolgt, sagte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow. Ihm zufolge verhält sich Moskau negativ zur Erörterung derartiger Maßnahmen im US-Senat. Ende des vorigen Jahres habe der US-Ex-Präsident Barack Obama kurz vor dem Ablauf seiner Amtszeit eine Reihe von neuen Sanktionen gegen Russland verhängen lassen. Aus den USA seien 35 russische Diplomaten und ihre Familienangehörigen ausgewiesen worden. Darüber hinaus sei der Zugang zu den sogenannten Sommerhäusern der ständigen Vertretung Russlands in New York und der Botschaft in Washington gesperrt worden. Den jüngsten Erklärungen des russischen Auswärtigen Amtes zufolge werde Moskau im dem Fall, sollten die US-Behörden die russischen diplomatischen Immobilien in den Bundestaaten New York und Maryland nicht entsperren, Spiegelmaßnahmen gegen das US-Eigentum in Russland ergreifen müssen.

Lug-info.com: Die ukrainischen Grenztruppen lassen Einwohner der Republik, die in ihrem ukrainischen Pass Eintragungen von Staatsorganen der Republik haben, nicht aus der Ukraine in die LVR, teilte das Staatssicherheitsministerium der LVR mit.

Das MfS unterstrich, dass dies eine weitere Provokation von Seiten der Ukraine ist.

„Einwohner der Republik, die die Abgrenzungslinie passieren, sind Geiseln der ukrainischen Truppen. Am Kontroll- und Passierpunkt Staniza Luganskaja lassen Mitarbeiter des Grenzdienstes der Ukraine einreisen, aber erlauben es Einwohnern der Republik, die Eintragungen der LVR in ihrem Pass haben, nicht, das von Kiew kontrollierte Territorium zu verlassen“, heißt es in der Mitteilung.

Dies bestätigt auch die OSZE-Mission.

„Im Bericht der OSZE vom 11. Juni 2017 sind Mitteilungen von Bürgern der LVR an Vertreter der Mission festgehalten, dass am KPP Staniza Luganskaja Mitarbeiter des Grenzdienstes der Ukraine ihnen nicht erlaubt haben, das Territorium der Ukraine zu verlassen, weil sie Eintragungen der LVR im Pass haben“, teilte das MfS mit.

Der Grenzschutzdienst des MfS ruft die Einwohner der Republik auf, vorsichtig zu sein, um nicht Geisel einer solchen Situation zu werden und alle derartigen Fälle dem MfS mitzuteilen.

de.sputniknews.com: Zum Einreiseverbot, das Kiew gegen mich verhängt hat
Willy Wimmer

Bei uns gibt es ein schönes Lied zu Karneval: "Nur einmal im Jahr ist Karneval, Karneval am Rhein". Scheinbar ist der jetzt auch in Kiew und zwar immer. Fünf Jahre Einreiseverbot für Kiew ist schlimmer als fünf Jahre Knast.

Allerdings ist das auch eine lebensverlängernde Maßnahme. Wenn es fünf Jahre für jeden Besuch der Krim gibt, dann muss ich schnell wieder auf die Krim fahren, um die nächsten fünf Jahre zu kassieren. Die kann ich dann ableben. Eigentlich eine gute Idee, abgesehen davon, dass Kiew damit am Tage der Visa-Vereinbarung mit der Europäischen Union genau diese Visa-Vereinbarung gebrochen hat. So ist das Poroschenko-Kiew eben. Rechtsbruch, dass es nur so kracht. Macht nichts, denn von McCain über Soros bis Merkel gibt es Schützenhilfe. Mit einem hat man aber nicht gerechnet: wer Russland besuchen will, der beantragt auch in Zukunft seine Einreise in Moskau. Werde ich auch machen, denn die Krim ist Spitze, weil Russland.

Dan-news.info: Der russischen Seite im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination ist es gelungen, mit der ukrainischen Seite ein „Regime der Ruhe“ zur Durchführung der Reparaturarbeiten am Jushnodonbasskij-Wasserwerk zu vereinbaren, teilte der Vertreter der DVR im Gemeinsamen Zentrum mit.

Bei den Reparaturarbeiten sind Vertreter der RF im Gemeinsamen Zentrum und OSZE-

Beobachter anwesend.

de.sputniknews.com: Neues Geschäftsfeld: „Geheime“ Besuche russischer Konzerte für Ukrainer

Nach Verhängung des Einreiseverbots für viele russische Künstler durch Kiew erschließen nun ukrainische Reisebüros ein neues Geschäftsfeld – Veranstaltung von „geheimen“ Touren für Ukrainer zu Konzerten russischer Popstars in Nachbarländer. Das teilt das Portal „Ukrainskiy Westi“ am Dienstag mit.

Demnach sind dabei DJ-Festivals und Rock-Konzerte besonders populär. Die Mindestreisekosten lägen bei 1.000 Rubel (etwa 15 Euro).

Auf diese Weise sollen Bewohner der ukrainischen Schwarzmeer-Stadt Odessa unlängst ein Konzert der russischen Rockgruppen „Leningrad“ und „Bi-2“ in der moldauischen Hauptstadt Chisinau besucht haben. Im Oktober könnten Ukrainer so zu einem Konzert des russischen Sängers Filipp Kirkorow in die weißrussische Hauptstadt Minsk fahren.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass der ukrainische Inlandsgeheimdienst der russischen Sängerin Lolita Miljawschaja unter anderem die Einreise verboten und sie in der ukrainischen Stadt Konotop aus einem Zug hinausgeschmissen habe.

Dabei habe die 54-Jährige lediglich ihre in Kiew lebende Tochter besuchen wollen, die derzeit krank sei, berichteten russische Medien. Grund für das Einreiseverbot — ein 2015 absolvierter Auftritt auf der Schwarzmeerhalbinsel Krim.

Nun darf die gebürtige Ukrainerin, die seit 1985 in Moskau lebt und die russische Staatsangehörigkeit besitzt, sich drei ganze Jahre nicht in der Ukraine blicken lassen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31614/53/316145330.jpg>

Dan-news.info: „In letzter Zeit gehen immer öfter erschreckende Nachrichten von Studenten und Lehrern des Kramatorsker wirtschafts- und geisteswissenschaftlichen Instituts ein, die beunruhigt sind über Informationen, dass die Hochschule bald geschlossen werden soll“, teilte die Bildungs- und Wissenschaftsministerin der DVR Larisa Poljakowa mit. „Wir sind ernsthaft beunruhigt über die Situation und bestätigen unsere volle Bereitschaft, die Kramatorsker Abiturienten in die höheren und mittleren Berufsbildungseinrichtungen der DVR im Rahmen des humanitären Programms aufzunehmen“.

Sie unterstrich, dass im Falle der Schließung hundert Mitarbeiter der Hochschule arbeitslos

werden und mehr als 600 Studenten ihre Ausbildung nicht abschließen können.
„Wir werden jedem Lehrer und jedem Studenten, der sich an uns wendet, alle notwendig Unterstützung leisten“, fügte sie hinzu.

de.sputniknews.com: EU-Sanktionen tödlich für syrische Kinder

Wegen der gegen Syrien verhängten Sanktionen mangelt es in den Krankenhäusern des Landes gewaltig an Medikamenten. Am stärksten betroffen sind junge Krebspatienten. Muhammed Ali Zaarur, der seinen fünfjährigen Enkel in ein Krankenhaus brachte, sagte gegenüber Sputnik Arabic, dass das Kind vor vier Jahren gegen Krebs behandelt worden sei. Die Mutter des Jungen sei gestorben und er selbst bringe den Jungen alle drei Monate zu einer ärztlichen Untersuchung in die Klinik, so Muhammed. Er hofft sehr, dass die Sanktionen in Bezug auf die Medikamente bald aufgehoben werden, damit die Kinder mit onkologischen Erkrankungen jeder Art behandelt werden können.

Laut dem Chefarzt des Kinderkrankenhauses Al-Jami, Mazen al-Haddad, fehlen 30 Arten von Arzneimitteln gegen Kinderkrebs in Syrien, weshalb diese Krankheit sich sehr schnell entwickle. Auch sei es nicht mehr möglich, einige Operationen, so z.B. die Verpflanzung von Knochenmark, vorzunehmen, so der Mediziner. „Ein solcher chirurgischer Eingriff hat die Regierung 20 Millionen Syrische Lira gekostet. Jetzt aber werden solche Operationen wegen Mangels an notwendigen Präparaten nicht mehr durchgeführt“, so Mazen al-Haddad.

Ihm zufolge hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Medikamente nach Syrien geschickt und damit nur 1,2 Prozent des Bedarfs gedeckt. Die meisten Medikamenten-Lieferungen werden von der Vereinigung Basma (Association Support Children with Cancer) geleistet.

Wie die Exekutiv-Direktorin von Basma, Rima Salem, gegenüber Sputnik Arabic sagte, bleiben 80 Prozent des Bedarfs der onkologischen Kinderkliniken an Medikamenten ungedeckt. Zu Beginn der Krise in Syrien seien es nur zehn Prozent gewesen, so Rima Salem. Nach ihren Angaben liefert Basma Medikamente für 25 Millionen Syrische Lira pro Monat. Im Zeitraum zwischen 2006 und 2016 habe die Vereinigung 5.700 Kindern helfen können. Basma werde zu 70 Prozent aus Spenden finanziert. Ihre monatlichen Ausgaben beliefen sich auf 33 Millionen Lira, so die Managerin.

Dan-news.info: „Der erste stellvertretende Minister für Einnahmen und Steuern der DVR Alexandr Michajlow ist von seinem Amt entbunden worden und es wird gegen ihn ermittelt. Ihm wird die Annahme von Bestechungsgeldern in besonders großem Ausmaß und Überschreitung der dienstlichen Befugnisse vorgeworfen“, heißt es in einer Mitteilung auf der offiziellen Seite des Ministeriums. „Gestern Abend wurde er von den Rechtsschutzorganen festgenommen“.

Im Ministerium für angemerkt, dass zu diesem Fall Untersuchungen laufen, Einzelheiten wurden nicht bekannt gegeben. Nach Informationen des Pressedienstes schloss der Minister für Einnahme und Steuern Alexandr Timofejew nicht aus, dass in dieser Sache auch weitere Personen betroffen sein könnten, die an Korruptionsschemata beteiligt sind.

Abends:

Dan-news.info: „Die Gewerkschaften der DVR werden im Sommer 2017 395 Kinder von Gewerkschaftsmitgliedern zur Erholung in die RF schicken“, teilte der Pressedienst der

Gewerkschaftsföderation der DVR mit.

Es wird erläutert, dass mit Unterstützung der Föderation 220 Kinder von Mitgliedern der Gewerkschaften der Beschäftigten in Kultur, Kommunalwirtschaft, Transport sowie der Territorialvereinigung von Schachtrjorsk und Tores am 26. Juni in das Ferienlager „Laguna“ in Primorka im Rostower Oblast fahren werden.

Das republikanische Komitee der Arbeiter in Bildung und Wissenschaft wird 100 Kinder in das Lager „Orljonok“ auf der Krim schicken, auf der Krim werden sich auch 20 Kinder von Mitgliedern der Gewerkschaft des Gesundheitswesens erholen. Weitere fünf werden in das Erholungszentrum „Rowesnik“ im Oblast in Saratow fahren.

„Die Gewerkschaft der Mitarbeiter der militärischen und Rechtsschutzstrukturen der DVR plant schon im dritten Jahr, 50 Kinder aus schlecht versorgten Familien aus Jasinowataja, Donezk, Tores und Charzysk in ein Ferienlager in Asow im Oblast Rostow zu schicken“, teilte die Gewerkschaftsföderation weiter mit.

de.sputniknews.com: Von der Leyen fordert im Verhältnis zu Russland „Position der Stärke“ Deutschland ist an einem vernünftigen Verhältnis zu Russland interessiert, allerdings nur aus einer „Position der Stärke“ heraus. Dies sagte am Dienstag Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen im Europaparlament in Straßburg.

"Wir haben die Haltung, dass wir ein vernünftiges Verhältnis zu Russland wollen, aber wir wissen, dass das aus einer Position der Stärke heraus geschehen muss, damit klar ist, dass wir die Lösung von Konflikten am Verhandlungstisch wollen. Am Verhandlungstisch müssen Konflikte miteinander gelöst werden und nicht anders", betonte von der Leyen.

Das ist allerdings nicht die erste solche Aussage der deutschen Ministerin dieser Art. Nach der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten im November 2016 hatte sie von ihm Bündnistreue gegenüber der Nato und eine harte Haltung gegenüber Russland gefordert.

Das Verhältnis zwischen der Nato und Russland hat sich 2014 nach dem Staatsstreich in der Ukraine deutlich verschlechtert. Bei dem Gipfel im Juli 2016 beschloss das Militärbündnis die Stationierung von multinationalen Bataillonen in Lettland, Litauen, Estland und Polen.

Moskau hat mehrfach betont, dass es nicht vorhat, irgendein Nato-Land zu überfallen. Die Nato ist sich laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow dessen durchaus bewusst, nutze jedoch eine vermeintliche „russische Bedrohung“ als Vorwand, um mehr Panzer und Bataillonen in der Nähe der russischen Grenzen aufzustellen. Laut Russlands

Verteidigungsminister Sergej Schoigu ist die Zahl der Nato-Truppen in der Nähe der westlichen Grenzen Russlands in den letzten zehn Jahren um das Achtfache gestiegen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31614/84/316148460.jpg>

dnr-news.com: Im Dorf Sachanka im Süden der DVR wurde eine alte Frau durch die Kugel eines Scharfschützen getötet

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Soldaten wurde eine **Zivilistin** im Dorf **Sachanka** im Bezirk Nowoasowsk im Süden der DVR **getötet**, berichtete heute Abend das Oberhaupt der Bezirksverwaltung Anatoli Janowski.

„Bei uns in Sachanka gab es heute Abend eine Tragödie. Gegen 17:00 ging eine Frau, geboren 1939, wohnhaft in der Gawrilenko-Straße 42, in ihren Garten und wurde von einem ukrainischen Scharfschützen durch einen Kopfschuss getötet“, sagte Jankowski.

de.sputniknews.com: Kreml lehnt US-Aussage über „friedliche Besucher“ ungenehmigter Proteste in Moskau ab

Moskau kann der in den USA angewandten Formulierung „friedliche Demonstranten“ in Bezug auf die Teilnehmer der ungenehmigten Protestaktionen vom Montag in Russland nicht beistimmen. Dies sagte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, am Dienstag.

Er kommentierte so die Aufrufe des Weißen Hauses, die festgenommenen Aktionsteilnehmer freizulassen.

Peskow merkte zugleich an, dass es am selben Tag in mehreren russischen Städten Veranstaltungen gegeben habe, die an genehmigten Orten und zu genehmigter Zeit stattgefunden hätten und „gut organisiert, friedlich und problemlos“ verlaufen seien. Gegen Personen, die in Verletzung der Gesetze provokatorische Handlungen vorgenommen hätten, sei in voller Übereinstimmung mit russischem Recht vorgegangen worden, so Peskow. „In mehreren Städten, darunter in Moskau, ist es bedauerlicherweise zu Provokationen gekommen. Die Stadtbehörden hatten davor gewarnt“, so der Kreml-Sprecher. „Die Veranstaltungen, die mit behördlicher Zustimmung stattfinden, wie vom Gesetz vorgeschrieben, stellen für niemanden eine Gefahr dar.“

Wie der Pressesprecher des Weißen Hauses, Sean Spicer, am Dienstag erklärt hatte, haben sich die US-Behörden gegen „die Festnahme von Hunderten friedlichen Protestierenden in ganz Russland“ ausgesprochen, die im Widerspruch zu den wichtigsten demokratischen Werten stehe. Washington werde die Situation verfolgen, so Spicer. Er rief die russische

Regierung auf, alle Festgenommenen unverzüglich freizulassen. Die amtliche Sprecherin des russischen Innenministeriums, Irina Wolk, hatte am Montag mitgeteilt, bei der nicht genehmigten Aktion der Opposition an der Twerskaja-Straße im Zentrum Moskaus seien 150 Personen festgenommen worden. An der Aktion haben nach behördlichen Angaben etwa 4.500 bis 5.000 Menschen teilgenommen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31614/96/316149649.jpg>